

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Pariser Klimaschutzabkommen in Kraft: Historischer Schritt und Auftrag für Marrakesch](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Europäischer Jugendkarlspreis 2017: Jetzt bewerben!](#) 3
- [Erster Schritt zur digitalen Barrierefreiheit](#) 3
- [EU-Parlament lässt Nebentätigkeiten zu](#) 4

Europäische Kommission

- [222,7 Mio. Euro für innovative Projekte im Umwelt- und Klimabereich](#) 4
- [Deutsche Pkw-Maut: Verkehrsminister Dobrindt und EU-Kommission vor Einigung](#) 5
- [EU-Fortschrittsbericht beklagt „Rückfall“ der Türkei](#) 5
- [EU-Bildungsanzeiger: Bildungssysteme müssen MigrantInnen besser integrieren](#) 6

Sonstiges

- [Arbeitslosenquote im Euroraum bei 10 %](#) 6
- [Britisches Parlament darf über Brexit abstimmen](#) 7
- [5. jährliches Forum der EU Strategie für den Donauraum \(EUSDR\)](#) 7
- [Tag der Entgeltgleichheit: Frauen verdienen 17 % weniger als Männer](#) 8

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 9

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 10

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 11

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 11

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu*



Thema der Woche

Pariser Klimaschutzabkommen in Kraft: Historischer Schritt und Auftrag für Marrakesch

Das Klimaabkommen von Paris trat weniger als ein Jahr nach seiner Verabschiedung am 4. November 2016 in Kraft. Bei der Klimakonferenz COP 22 in Marrakesch (Marokko), die vom 7. bis 18. November stattfindet, beraten die Staaten der Welt über die Umsetzung.



Nicht einmal ein Jahr nach der Pariser Klimakonferenz (COP21) tritt das dort vereinbarte Klimaschutzübereinkommen am 4. November 2016 in Kraft. 195 Länder haben sich im Dezember 2015 auf das Abkommen verständigt. Damit der in Paris ausgehandelte Vertrag in Kraft treten konnte, musste er von 55 Staaten ratifiziert werden, die zusammen mindestens 55 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verursachen. Regierungen wie auch Umweltorganisationen hatten mit einem mehrjährigen Ratifizierungsprozess gerechnet. Stattdessen trat das Abkommen in Rekordzeit in Kraft. Die Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP22), die am Montag in Marrakesch begann, ist zugleich das erste Treffen der Vertragsparteien des Pariser Abkommens. Bei dem knapp zweiwöchigen Klimagipfel werden die weiteren Elemente des Abkommens konkretisiert. Oberstes Ziel des Klimaabkommens ist die Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau.

Österreich setzt die Zielvorgaben durch das Klimaschutzgesetz, nationale Maßnahmenprogramme und das Klimaschutzmodell „klimaaktiv“ um. Umweltminister Andrä Rupprechter (ÖVP) kündigte ein 100-Mio.-Euro-Paket für Österreichs Klima an. Um die Klimaschutzziele 2020 zu erreichen, setzt Tirol unter anderem auf erneuerbare Energien. Ziel des Tiroler Klimaschutzes ist es, bis zum Jahr 2050 energieautonom zu werden. Am 1. Juni 2014 startete zudem das fünfjährige EU Projekt „SINFONIA“. Es wird mit bis zu 27 Mio. Euro seitens der EU gefördert und unter anderem von 13 Tiroler Partnern (Stadt Innsbruck, IKB AG, Universität Innsbruck, TIGAS, alpS, TIWAG etc.) unterstützt. Es ist das größte Smart-City-Projekt Österreichs mit dem Ziel umfangreiche Energielösungen in mittelgroßen Städten Europas zu entwickeln.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Europäischer Jugendkarlspreis 2017: Jetzt bewerben!

Auch im kommenden Jahr wird wieder der Europäische Jugendkarlspreis vergeben. Hierzu haben das Europäische Parlament und die Karlspreisstiftung bereits zum neunten Mal einen Wettbewerb ausgeschrieben, der Jugendliche in der EU zur aktiven Mitgestaltung Europas anregen soll.

Der Wettbewerb richtet sich an junge Menschen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren in allen Mitgliedstaaten der EU. Der Jugendkarlspreis wird jährlich für Projekte vergeben, die ein gemeinsames Bewusstsein europäischer Identität und Integration fördern. Hierbei kann es sich zum Beispiel um die Organisation von Jugendveranstaltungen, etwa in den Bereichen Sport, Kunst und Kultur, oder um Internetprojekte mit

europäischer Dimension handeln. Die drei Gewinnerprojekte werden mit 5.000 Euro, 3.000 Euro beziehungsweise 2.000 Euro prämiert. Letztes Jahr belegte das österreichische Projekt Social Soccer Cup (SSC), ein internationales Fußballturnier für Jugend- und Sozialeinrichtungen aus ganz Europa, den dritten Platz.

[Mehr Informationen](#)

Erster Schritt zur digitalen Barrierefreiheit

Am 26. Oktober 2016 stimmten die EU-Abgeordneten über eine neue Richtlinie über den barrierefreien Web-Zugang ab. Die Richtlinie soll Behinderten und älteren Menschen den Zugang zu Daten und Dienstleistungen im Internet erleichtern.

Menschen mit Behinderungen benötigen unterstützende Tools, um das Web barrierefrei nutzen zu können. Solche helfende Tools sind unter anderem Bildvergrößerungsprogramme (Bildschirm lupen) und Bildschirmausleseprogramme (Screen-Reader). Öffentliche Websites sollen so aufgebaut sein, dass die Inhalte für Sehbehinderte und körperlich eingeschränkte

Menschen les- bzw. hörbar werden. Zusätzlich soll gerade im öffentlichen Sektor auf die Verwendung leicht verständlicher Sprache Rücksicht genommen werden. Bei den neuen Bestimmungen handelt es sich um einen von Parlament und Ministerrat bereits ausgehandelten Kompromiss.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

EU-Parlament lässt Nebentätigkeiten zu

Laut Geschäftsordnung des EU-Parlaments ist es möglich, dass EuropaparlamentarierInnen Entscheidungsträger und Lobbyisten zugleich sein können. Zu diesem Schluss kommt eine Stellungnahme des juristischen Dienstes zu Nebenjobs von EU-Abgeordneten.

Der juristische Dienst des Parlaments stellte in seinem Gutachten fest, dass über die Geschäftsordnung des Parlaments nicht ausgeschlossen werden darf, dass Abgeordnete parallel zu ihrem Mandat als Lobbyisten arbeiten dürfen. Somit können Abgeordnete sogar während der Amtszeit, Lobby- oder Beratertätigkeiten nachgehen. Jegliches Verbot in dieser Hinsicht sei mit der Europäischen Grundrechtecharta nicht zu vereinbaren, heißt es in dem Gutachten.

Zudem hat die von der EU-Kommission berufene Ethik-Kommission befunden, dass der Seitenwechsel vom ehemaligen EU-Kommissionspräsident Barroso zu Goldman Sachs im Einklang mit dem Verhaltenskodex der EU-Kommission stehe. Barroso habe sich an die 18-Monatsregel gehalten, bevor er den Job bei Goldman Sachs angetreten habe.

[Mehr Informationen](#)

Europäische Kommission

222,7 Mio. Euro für innovative Projekte im Umwelt- und Klimabereich

Die Europäische Kommission genehmigte am 3. November 2016 ein Investitionspaket in Höhe von 222,7 Mio. Euro aus dem LIFE-Programm der EU für umwelt- und Klimaschutz-Projekte. Davon erhalten vier österreichische Projekte insgesamt 17,3 Mio. Euro.

Die Europäische Kommission hat grünes Licht für ein Investitionspaket in Höhe von 222,7 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt gegeben. Die EU-Mittel werden zusätzliche Investitionen anstoßen, sodass insgesamt 398,6 Mio. EUR in 144 neue Projekte in 23 Mitgliedstaaten fließen werden. Die Unterstützung wird aus dem Programm für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) geleistet. 323,5 Mio. EUR sind für Projekte im Bereich Umwelt und Ressourceneffizienz, Natur und Biodiversität sowie Verwaltungspraxis und

Information im Umweltbereich vorgesehen. Österreich erhält 17,3 Mio. EUR für vier Projekte: LIFE Lech (Bundeswasserbauverwaltung Tirol – Baubezirksamt Reutte), LIFE Großtrappe (Österreichische Gesellschaft Großtrappenschutz), LIFE FÜR DONAUSTÖRE (Umweltverband WWF Österreich / WWF Austria) und LIFE ClimAct (KBT Klimabündnis Tirol).

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Deutsche Pkw-Maut: Verkehrsminister Dobrindt und EU-Kommission vor Einigung

Im Streit um die Pkw-Maut bahnt sich ein Kompromiss an. Am 3. November 2016 wurde bekannt, dass der deutsche Verkehrsminister Alexander Dobrindt und die EU-Kommission sich offenbar weitgehend verständigt haben.

Im Streit um die deutsche Pkw-Maut sieht es nach einer überraschenden Verständigung zwischen der EU-Kommission und dem deutschen Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) aus. Ende September hatte die Kommission noch angekündigt, Deutschland wegen Benachteiligung von Ausländern vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu verklagen. Die Absprachen sehen vor, dass das deutsche Mautgesetz in einigen Punkten geändert wird. Laut Dobrindt gehe es unter anderem darum,

günstige Kurzzeit-Tarife für Pendler und Touristen aus dem EU-Ausland einzuführen. Also auch für Autofahrer aus Österreich. Zudem solle auf die sogenannte 1:1-Kompensation bei der Kfz-Steuer verzichtet werden. Die österreichische Regierung werde das deutsche Modell genau auf diskriminierende oder europarechtswidrige Punkte prüfen, kündigt Verkehrsminister Jörg Leichtfried (SPÖ) an.

[Mehr Informationen](#)

EU-Bildungsanzeiger: Bildungssysteme müssen MigrantInnen besser integrieren

Die EU-Mitgliedstaaten müssen ihre Bildungssysteme bedarfsorientierter und inklusiver gestalten, besonders mit Blick auf die Integration von Zuwanderer. Das zeigt der am 7. November 2016 von der Kommission veröffentlichte Anzeiger für die allgemeine und berufliche Bildung 2016.

Nach dem EU-Bildungsanzeiger 2016 liegt Österreich bei vielen Indikatoren zur allgemeinen und beruflichen Bildung über dem EU-Durchschnitt und konnte sich im Vergleich zum Vorjahr verbessern. Im Jahr 2015 betrug der Anteil früher Schul- und AusbildungsabgängerInnen (18-24 Jahre) in Österreich 7,3 % und lag damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 11 %. Positiv schneidet Österreich im EU-Vergleich außerdem bezüglich

der Teilnahme an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung ab. Dagegen gibt es in Österreich noch Nachholbedarf bei der Bildungsfinanzierung. Laut der länderspezifischen Empfehlung (LSE) der EU sollte Österreich mehr Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsergebnisse benachteiligter junger Menschen ergreifen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

EU-Fortschrittsbericht beklagt „Rückfall“ der Türkei

Die EU-Kommission stellt der Türkei in ihrem neuen Bericht zur Beitrittsreife das bisher schlechteste Zeugnis aus. So kritisiert die Kommission "Rückschritte" im Bereich Justiz, Menschenrechte und Meinungsfreiheit. Vor allem die Reaktion auf den Putschversuch im Juli stößt auf Kritik.

EU-ExpertInnen bescheinigen der türkischen Regierung schwerwiegende Rückschritte bei der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien. Die Kommission bemängelt, dass Rechtsbestimmungen über die nationale Sicherheit und zum Kampf gegen Terrorismus „selektiv und willkürlich“ angewendet würden. Sie äußert sich „ernsthaft besorgt“ über die vielen verhafteten

JournalistInnen seit dem gescheiterten Putsch im Juli. Auch hinsichtlich der Unabhängigkeit der Justiz ist von einem „Rückfall“ die Rede. Ein Fünftel der RichterInnen und StaatsanwältInnen sei nach dem versuchten Militärputsch entlassen worden.

[Mehr Informationen](#)

Sonstiges

Arbeitslosenquote im Euroraum bei 10 %

Die Arbeitslosigkeit in der Eurozone hat sich im September 2016 stabil entwickelt. Wie die europäische Statistikbehörde Eurostat am 3. November 2016 mitteilte, verharrte die Arbeitslosenquote auf dem Vormonatsniveau von 10 %.

Im Euroraum (ER19) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im September 2016 bei 10 %. Das ist die niedrigste Quote, die seit Juni 2011 im Euroraum verzeichnet wurde. Schätzungen von Eurostat zufolge waren im September 2016 in der EU28 insgesamt 20,79 Mio. Männer und Frauen arbeitslos, davon 4,13 Mio. im Alter unter 25 Jahren. In Österreich stieg die Arbeitslosenquote über ein Jahr betrachtet im September 2016 von 5,7 % auf 6,3 % an. Österreich belegt damit den

neunten Rang unter den 28 EU-Staaten, gemeinsam mit Dänemark und Luxemburg. Von den Mitgliedstaaten verzeichneten die Tschechische Republik (4,0 %) und Deutschland (4,1 %) im September 2016 die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten registrierten Griechenland (23,2 % im Juli 2016) und Spanien (19,3 %).

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Britisches Parlament darf über Brexit abstimmen

Die britische Premierministerin Theresa May muss die Zustimmung des Parlaments in London für die geplanten EU-Austrittsverhandlungen mit Brüssel einholen. Das entschied der Londoner High Court am 3. November 2016.

Der High Court hat entschieden, dass die britische Regierung die Zustimmung des Parlaments benötigt, bevor sie den EU-Austritt offiziell beantragen kann. Premierministerin May hatte angekündigt, bis Ende März 2017 die EU-Austrittsverhandlungen aufnehmen zu wollen. Das Parlament sollte zwar informiert werden, aber dabei keine Mitsprache erhalten. Die britische Regierung möchte nun das Brexit-Urteil des Londoner High Court vor dem Höchstgericht anfechten. Sollte das Urteil in höherer Instanz Bestand haben, dürften die Folgen weitreichend

sein. Während die britischen Wähler beim EU-Referendum mit knapper Mehrheit für den Austritt votierten, sind sowohl das Oberhaus als auch das Unterhaus des Parlaments mehrheitlich pro-europäisch eingestellt. Dass sich die Abgeordneten gegen das Referendum-Ergebnis stellen, ist jedoch unwahrscheinlich. Der Zeitplan für den Austritt könnte sich jedoch erheblich verzögern.

[Mehr Informationen](#)

5. jährliches Forum der EU Strategie für den Donauraum (EUSDR)

Vom 3. bis 4. November 2016 fand in Bratislava das fünfte jährliche Forum der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) statt. Im Mittelpunkt der Diskussion standen Möglichkeiten, um die Kooperation in der Donauregion anzukurbeln, mit speziellem Fokus auf Forschung, Innovation und Wasserwirtschaft.

Vierzehn Länder, darunter Österreich, haben sich 2011 zusammengeschlossen, um ihre gemeinsamen Herausforderungen anzugehen und gemeinsame Möglichkeiten besser zu nutzen. Nach fünf Jahren der Zusammenarbeit können nun konkrete Projekte und Ergebnisse präsentiert werden. Die Projekte NEWADA, IRIS Europe II und FAIRway verfolgen beispielsweise das gemeinsame Ziel, die Transportkapazität der Donau und ihrer Nebenflüsse zu verbessern. Eine weitere gemeinsame Herausforderung ist die

Energie. Der Fokus wird hier auf eine Verbesserung der Effizienz und vermehrter Nutzung erneuerbarer Quellen gelegt. Die EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) ist die zweite makroregionale Strategie, neben der EU-Strategie für den Ostseeraum (EUSBSR), der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) und der Strategie für die Region Adria-Ionisches Meer (EUSAIR).

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Tag der Entgeltgleichheit: Frauen verdienen 17 % weniger als Männer

Ab 3. November 2016 (Tag der Entgeltgleichheit - Equal Pay Day) bis zum Ende des Jahres arbeiten Frauen in der Europäischen Union quasi umsonst.

Der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn von Frauen in Europa liegt 16,7 % unter dem der Männer. Damit arbeiten Frauen rund 17 % des Jahres unentgeltlich. In Österreich liegt das geschlechterspezifische Lohngefälle bei 22,2 %. Das ist der vierthöchste Wert aller EU-Staaten. Die generelle Gender-Ertragslücke (gender overall earnings gap) zwischen Männern und Frauen liegt in Österreich bei 44,5 %, EU-weit bei

39,8 %. Diese vergleicht das durchschnittliche jährliche Einkommen von Männern und Frauen und bezieht weitere Nachteile, die Frauen betreffen, mit ein. Beispielsweise wird hier die geringere Anzahl von geleisteten Arbeitsstunden durch häufige Teilzeitbeschäftigung und niedrigere Beschäftigungsraten miteingerechnet.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zu den politischen Optionen für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Qualität von wiederverwendetem Wasser in der Europäischen Union](#) 28.10.2016 – 27.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der REACH-Verordnung im Rahmen von REFIT](#) 28.10.2016 – 28.01.2017

[Öffentliche Konsultation über Regeln für die Einfuhr von Kulturgütern](#) 28.10.2016 – 23.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Stärkung der EU-weiten Zusammenarbeit bei der Bewertung von Gesundheitstechnologie](#) 21.10.2016 – 13.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Interessenträger – Zwischenbewertung von Horizont 2020](#) 20.10.2016 – 15.01.2017

[Öffentliche Konsultation der Betroffenen über das Euratom- Forschungs- und Ausbildungsprogramm](#) 20.10.2016 – 15.01.2017

[Offene öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des Programms der Europäischen Union für Beschäftigung und soziale Innovation \(EaSI\)](#) 12.10.2016 – 11.01.2017

[Bewertung von Verfahrens- und Zuständigkeitsaspekten der EU-Fusionskontrolle](#) 07.10.2016 – 13.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Eignung der EU-Rechtsvorschriften zu Sicherheit und Effizienz im Seeverkehr](#) 07.10.2016 – 08.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie 75/324/EWG über Aerosolpackungen](#) 30.09.2016 – 15.01.2017

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Maschinenrichtlinie 2006/42/EG](#) 22.09.2016 – 16.12.2016

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Aufzugrichtlinie 95/16/EG](#) 22.09.2016 – 16.12.2016

[Öffentliche Konsultation im Rahmen der REFIT-Bewertung der Zoo-Richtlinie \(Richtlinie 1999/22/EG des Rates über die Haltung von Wildtieren in Zoos\)](#) 15.09.2016 – 08.12.2016

[Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Sozialvorschriften im Straßentransport](#) 05.09.2016 – 11.12.2016

[Öffentliche Konsultation: Zwischenbewertung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts](#) 26.08.2016 – 14.11.2016

[„Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie 2009/119/EG zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölzerzeugnissen zu halten“](#) 10.08.2016 – 11.11.2016

[Öffentliche Konsultation zur Umsetzung eines EU-Systems zur Rückverfolgbarkeit sowie zu Sicherheitsmerkmalen im Sinne der Artikel 15 und 16 der Richtlinie 2014/40/EU über Tabakerzeugnisse](#) 29.07.2016 – 04.11.2016 .2016 – 21.11.2016

[Zentraler digitaler Zugang](#) 26.07.2016 – 21.11.2016

[Öffentliche Konsultation zur Umsetzung des zweiten Partnerschaftsprogramms Europas und der Entwicklungsländer im Bereich klinischer Studien im Zeitraum 2014–2016](#) 29.06.2016 – 15.11.2016

[Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte](#) 08.03.2016 – 31.12.2016

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Energie			
Stadtgebiete, Transport, Energieeinsparung	INNOVATION ACTION: WASTE HEAT RECOVERY FROM URBAN FACILITIES AND RE-USE TO INCREASE ENERGY EFFICIENCY OF DISTRICT OR INDIVIDUAL HEATING AND COOLING SYSTEMS	19/01/2017	€ 8.000.000
Energieeinsparung, Thermalenergie	NEW HEATING AND COOLING SOLUTIONS USING LOW GRADE SOURCES OF THERMAL ENERGY	19/01/2017	€ 22.000.000
ICT, Sozial- und Verhaltenswissenschaften	BEHAVIOURAL CHANGE TOWARD ENERGY EFFICIENCY THROUGH ICT	19/01/2017	€ 8.000.000
PPP, Energiesysteme, Wohnungssektor, ICT	INTEGRATION OF DEMAND RESPONSE IN ENERGY MANAGEMENT SYSTEMS WHILE ENSURING INTEROPERABILITY THROUGH PUBLIC PRIVATE PARTNERSHIPS	19/01/2017	€ 8.000.000
Energieeinsparung, Nachhaltigkeit, PPP, Industrie	VALORISATION OF WASTE HEAT IN INDUSTRIAL SYSTEMS	19/01/2017	€ 8.000.000
ICT, Internet der Dinge, erneuerbare Energie, Stromnetze	BRINGING TO MARKET MORE ENERGY EFFICIENT AND INTEGRATED DATA CENTRES	19/01/2017	€ 22.000.000
Energieeinsparung, Wohnungssektor, Emission, nachhaltige Unternehmen	IMPROVING THE PERFORMANCE OF INEFFICIENT DISTRICT HEATING NETWORK	07/06/2017	€ 12.000.000
Energieeinsparung, Energieeffizienz, Erneuerbare Energie, Zusammenarbeit, Unternehmen	ENERGY EFFICIENCY OF INDUSTRIAL PARKS THROUGH ENERGY COOPERATION AND MUTUALISED ENERGY SERVICES	07/06/2017	€ 8.000.000
Öffentliches Auftragswesen, Energieeffizienz	PUBLIC PROCUREMENT OF INNOVATIVE SOLUTIONS FOR ENERGY EFFICIENCY	07/06/2017	€ 4.000.000
Finanzierungssysteme, Energieeffizienz, Crowd-Funding, Renovierungen	INNOVATIVE FINANCING SCHEMES	07/06/2017	€ 8.000.000
Klimawandel, CO2-Emissionen, Forschung und Innovation, Investitionen	HORIZON PRIZE – LOW CARBON ENERGY INDUCEMENT PRIZES 2016 - CO2 REUSE	03/04/2019	€ 1.500.000
Erneuerbare Energien, Gebäude, Krankenhäuser	HORIZON PRIZE – LOW CARBON ENERGY INDUCEMENT PRIZES 2016 - LOW CARBON HOSPITAL	03/04/2019	€ 1.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Michaela Moosbrugger

Abbildungsverzeichnis

<https://www.flickr.com/photos/cop21/23595388112/in/album-72157661744003510/>
<http://www.cop22-morocco.com/>